

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 8. November 2011

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Aufschwung ausbauen – Koalition stärkt Wachstumskräfte.** Deutschland ist stark aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen. Auch in diesem Jahr hat sich unsere Wirtschaft gut entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich um knapp drei Prozent wachsen. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem geringsten Stand seit 20 Jahren. Möglich geworden ist diese Entwicklung durch eine beeindruckende Gemeinschaftsleistung von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Politik. In der Krise hat dieses Land zusammengehalten. Darauf können wir stolz sein. Nun geht es darum, die Grundlagen unseres Erfolges auszubauen. Dazu braucht es eine christlich-liberale Politik der ökonomischen Vernunft und des sozialen Ausgleichs, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenhalts, eine Politik von Maß und Mitte. Aus diesem Grund hat sich die Koalition am vergangenen Sonntag auf folgende Punkte verständigt:

Steuersenkungen: Es waren die Arbeitnehmer, die sogenannten kleinen Leute, die den Aufschwung möglich gemacht haben – mit Fleiß, Pflichtbewusstsein und auch durch den Verzicht auf Lohnerhöhungen. Dadurch ist unser Land in bislang für unmöglich gehaltenem Maße wettbewerbsfähig geworden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen jetzt auch an der Aufschwungsdividende teilhaben. Dabei hat die Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen für uns Vorrang. Dies erreichen wir durch eine Anhebung des steuerfreien Existenzminimums, eine entsprechende Tarifverschiebung und indem wir einen Ausgleich für

die verdeckte Steuererhöhungen schaffen, die sich aus der Lohn- und Preisentwicklung ergeben. In zwei Schritten, zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014, werden wir die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt rund sechs Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Die Entlastungswirkung wird in 2013 zwei und in 2014 weitere vier Milliarden Euro betragen.

Pflegeversicherung: Der Pflegebegriff konzentriert sich heute noch zu sehr auf körperliche Einschränkungen und benachteiligt damit Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Sie brauchen weniger medizinische Pflege im engeren Sinn als vielmehr Betreuung und Hilfe im Alltag. Zukünftig sollen deshalb allgemeine Betreuungsleistungen, die sich insbesondere an Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz richten, ebenfalls Bestandteil der Pflegeversicherungsleistungen sein. Hierzu werden wir den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zum 1. Januar 2013 anheben. Dies bedeutet, dass der Pflegeversicherung rund 1,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist die private Vorsorge ein wichtiger Baustein für die persönliche Absicherung in der Zukunft. Wir werden deshalb die Menschen dabei unterstützen und die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ebenfalls ab dem 1. Januar 2013 steuerlich fördern.

Familienpolitik: Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Grünen geht es uns in CDU und CSU in der Familienpolitik nicht um die Festschreibung eines bestimmten Lebensmodells. Wir wollen Familien nicht auf ein bestimmtes Verhalten festlegen, sondern wirkliche Wahlfreiheit schaffen. Aus diesem Grund werden wir ab dem Jahr 2013 als zusätzliche Anerkennungs- und Unterstützungsleistung ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das zweite und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes einführen.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit - Fachkräftemangel: Der Mangel an Fachkräften gefährdet langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und stellt schon heute in manchen Bereichen ein wesentliches Wachstumshindernis dar. Fachkräfte leisten einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung der wirtschaftlichen Dynamik, von der dann auch weniger qualifizierte Arbeitslose profitieren. Fehlen Fachkräfte, geht Wohlstand verloren. Deshalb wollen wir die Attraktivität des

deutschen Arbeitsmarktes für Hochqualifizierte aus dem Ausland steigern. Damit sie leichter nach Deutschland kommen können, haben wir uns auf die Einführung einer „blue card“ verständigt. Außerdem wird die Gehaltsschwelle für die Erlangung einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis von derzeit 66.000 auf 48.000 Euro abgesenkt. Dabei ist für uns klar: Eine Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme darf es nicht geben. Deshalb soll die unbefristete Niederlassungserlaubnis erlöschen, wenn innerhalb der ersten drei Jahre ein Sozialtransferbezug entsteht.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – Infrastruktur: Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gehört auch die Einsicht, dass Deutschlands Wirtschaft zunächst und vor allem auf einer industriellen Grundlage ruht. Diese ist untrennbar mit einer leistungsstarken Infrastruktur verbunden. Deshalb werden wir zusätzlich eine Milliarde Euro in die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes investieren.

- **Koalition behält Mittelstand fest im Blick.** Der deutsche Mittelstand ist Rückgrat und Stabilitätsgarant unserer Wirtschaft. Mit seiner Flexibilität und seinen Innovationen hat er großen Anteil daran, dass Deutschland stark aus der Krise gekommen ist und die Beschäftigung ein Rekordniveau erreicht hat. Die christlich-liberale Koalition will den Mittelstand weiter stärker, indem wir Vorschriften vereinfachen und Bürokratiekosten senken. Aus diesem Grund beschließen wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Weniger Bürokratie für den Mittelstand – Den Erfolgskurs fortsetzen“.

Noch vor fünf Jahren mussten die Unternehmen in Deutschland rund 50 Milliarden Euro im Jahr für Bürokratiekosten aufwenden, inzwischen sparen sie jährlich deutlich über zehn Milliarden Euro ein. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und über die Informationspflichten hinaus den sogenannten Erfüllungsaufwand reduzieren, beispielsweise für die Aufbewahrung von Rechnungen und Belegen oder für zollrechtliche Nachweispflichten. Wir benennen der Bundesregierung vielfältige Ansatzpunkte. Sie reichen von der Befreiung von Bilanzierungsvorschriften bei Kleinunternehmen über die Einschränkung der Schriftformerfordernis bis hin zu vereinfachten Zulassungsverfahren für Kraftfahrzeuge. Der Bürokratieabbau soll auch nach dem bevorstehenden Erreichen des Ziels,

25 Prozent der Kosten aus Informationspflichten abzubauen, seine Dynamik behalten.

- **G20 erzielen große Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung.** Unter den Gipfelergebnissen von Cannes stechen die Vereinbarungen zur Finanzmarktregulierung hervor. Die Staats- und Regierungschefs haben beschlossen, global systemrelevante Finanzinstitute (G-SIFIs) stärker zu regulieren. Dazu wurde eine Liste von 29 G-SIFIs veröffentlicht, die jedes Jahr im November aktualisiert wird. Für diese Banken, die bislang als "too big to fail" gelten, sollen Restrukturierungsverfahren entwickelt werden, damit in Zukunft im Konkursfall nicht der Steuerzahler eintreten muss. Darüber hinaus müssen die Banken ihre Eigenkapitalquote erhöhen. Zu den betroffenen Finanzinstituten gehören aus Deutschland die Deutsche Bank und die Commerzbank. Überdies sollen die sogenannten Schattenbanken künftig überwacht werden. Dabei handelt es sich um Institutionen, die wie Banken handeln, aber nicht wie solche beaufsichtigt werden. Der Finanzstabilitätsrat (FSB) soll bis Ende 2012 Methoden entwickeln, um riskante Spekulationsgeschäfte besser zu kontrollieren. Die G20 wollen außerdem den Derivatemarkt stärker kontrollieren und die Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen, den so genannten Credit Default Swaps (CDS), prüfen, die teilweise zur Spekulation gegen Staaten genutzt werden. Die G20 beherzigen damit ihr Vorhaben, wonach kein Akteur, kein Handelsplatz und kein Finanzmarkt-Instrument ohne wirksame Aufsicht und Regulierung sein darf.

II. Die Woche im Parlament

- Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Weniger Bürokratie für den Mittelstand – Den Erfolgskurs fortsetzen** bekräftigen wir, dass wir den Bürokratieabbau sehr ernst nehmen und dabei die mittelständische Wirtschaft besonders im Blick haben. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren in besonderem Maße, wenn Vorschriften vereinfacht werden und Bürokratiekosten sinken. Wir begrüßen die Entlastungen, die beim Bürokratieabbau in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung und bei den Menschen bereits erzielt wurden, insbesondere die nachweislich dauerhafte Entlastung der Wirtschaft um deutlich über 10 Milliarden Euro jährlich. Die Bundesregierung fordern wir auf, ihr Pro-

gramm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ fortzuschreiben und zu intensivieren und dabei insbesondere die Schwerpunkte auf folgende Themen zu setzen: Steuervereinfachung, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bis zur Realisierung von Vorhaben, Frühwarnsystem für mittelstandsrelevante EU-Regulierungen und anwenderfreundliche elektronische Behördendienste.

- Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise** ziehen wir eine positive Bilanz über die nach der Finanzmarktkrise bereits umgesetzten, zahlreichen Maßnahmen zur Reform der Finanzmärkte. Daneben heben wir die Bedeutung weiterer, noch laufender Regulierungsmaßnahmen hervor und mahnen die Umsetzung einzelner, noch notwendiger Initiativen an. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Reform der Finanzmärkte mit unverminderter Kraft weiter zu verfolgen, insbesondere auch international, und im europäischen Rahmen Einigungen herbeizuführen.
- Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Gesetz über die Besetzung der großen Straf- und Jugendkammern in der Hauptverhandlung** soll den großen Strafkammern dauerhaft die bislang nur befristet eingeräumte Möglichkeit eröffnet werden, mit zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen (anstatt mit drei Berufsrichtern und zwei Schöffen) zu verhandeln. Dieses gilt nur, sofern nach gesetzlich näher definiertem Umfang und Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung eines dritten Richters nicht notwendig erscheint. Für bestimmte Fallkonstellationen wird eine verpflichtende Besetzung mit drei Berufsrichtern vorgeschrieben.
- Wir debattieren in dieser Woche die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ALTHEA“** zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina. Das Mandat soll unverändert bei Absenkung der Personalobergrenze von 900 auf 800 Soldaten fortgeführt werden. Auch ein Jahr nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 bleibt die Lage in Bosnien und Herzegowina kompliziert. Die Regierungsbildung ist bis heute nicht erfolgreich abgeschlossen.

- In dieser Woche debattieren wir den **Bericht des Parlamentarischen Beirats über die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung und die Optimierung des Verfahrens**. Die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen und Verordnungen basiert auf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie legt ein Managementkonzept mit 21 Zielen und dazugehörigen Indikatoren zur Messung des Fortschritts in den vier Nachhaltigkeitsbereichen: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung fest. Der Parlamentarische Beirat zeigt einige Bereiche auf, in denen er Nachjustierungen beim Verfahrensablauf empfiehlt.
- Die Bundesregierung stellt in dieser Woche die **Waldstrategie 2020 – Nachhaltige Waldbewirtschaftung – eine gesellschaftliche Chance und Herausforderung** vor, welche die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Anforderungen und der gesellschaftlichen Erwartungen an den Wald darstellt und Lösungswege aufzeigt, um die steigenden Anforderungen an den Wald zu einem zukunftsfähigen Ausgleich zu bringen.
- Durch ionisierende Strahlung haben Angehörige der Bundeswehr und der NVA unwissend bis in die achtziger Jahre gesundheitsschädliche Partikel inkorporiert und sind teilweise schwer erkrankt. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Ausgleich für Radargeschädigte der Bundeswehr und der ehemaligen NVA** bekräftigen wir den politischen Willen, den aufgrund dieser Strahlung Erkrankten möglichst zügig und unbürokratisch zu helfen. Wir fordern die Bundesregierung u.a. zu prüfen auf, ob in besonderen Härtefällen über eine Stiftung oder einen Fond eine gewisse Unterstützung ermöglicht werden kann. Auch die Bildung eines unabhängigen Expertengremiums zur Entscheidung über strittige Fälle soll geprüft werden.
- Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Gesetz zur Neuordnung des Pflanzenschutzrechts** wird zur Anpassung an EU-Recht die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bzw. von deren Wirkstoffen neu organisiert.

- Das in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehende **Gesetz zur Änderung von Vorschriften über Verkündigung und Bekanntmachungen** sieht vor, dass der „Bundesanzeiger“ künftig ausschließlich elektronisch über das Internet herausgegeben wird. Personen ohne Internetzugang erhalten die Möglichkeit, Ausdrücke des Bundesanzeigers oder bestimmte Teile gegen Entgelt zu beziehen. Zudem werden Korrekturen des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung vorgenommen, die der Vorbereitung der Verabschiedung einer Verordnung über das Vermögensverzeichnis dienen.
- In Deutschland existiert ein Netz spezialisierter Facheinrichtungen, die gewaltbetroffene Frauen unterstützen und beraten. Mit dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden **Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfetelefontgesetz)** wird ein zentrales Hilfetelefon beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingerichtet, um Zugangshindernisse zum bestehenden Unterstützungssystem zu beseitigen.
- In erster Lesung beraten wir das **Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative**. Mit der im Vertrag von Lissabon verankerten europäischen Bürgerinitiative können ab 1. April 2012 eine Million Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die aus mindestens sieben Mitgliedstaaten kommen müssen, die Europäische Kommission zur Vorlage konkreter Rechtsakte auffordern. Die Europäische Kommission muss den gewünschten Rechtsakt vorschlagen oder ihre Ablehnung begründen. Mit dem Umsetzungsgesetz werden die nationalen Zuständigkeiten und Verfahren festgelegt.
- Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Weißbuch Verkehr – Auf dem Weg zu einer nachhaltigen und bezahlbaren Mobilität** begrüßen wir die grundsätzliche Zielrichtung des Weißbuchs Verkehr der Europäischen Kommission, die eine strategische Neuausrichtung der EU-Verkehrspolitik enthält. Wir fordern die Bundesregierung auf, auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu dringen und die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Verkehrsinfrastrukturplanung zu sichern. Im Rahmen der Umsetzung des Programms für

Transeuropäische Verkehrsnetze soll die nationale Planungs- und Haushaltshoheit erhalten bleiben.

- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/Die Grünen **Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde** fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit dem Land Berlin einen Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde am historischen Ort der Tiergartenstr. 4 zu schaffen. Dort wurde die sogenannte „T4-Aktion“ beschlossen, bei deren Umsetzung mehr als 70.000 Psychiatriepatienten zur Zeit der NS-Herrschaft ermordet wurden. Das bisherige Denkmal soll „aufgewertet“ und dazu ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden. Bei der Planung und Umsetzung der Neugestaltung des Denkmals soll die vom Bund getragene Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und die Stiftung „Topographie des Terrors“ mit einbezogen werden.

III. Daten und Fakten

- **Deutsche führen internationales Feld der Sparer an.** Momentan legen die deutschen Haushalte jeden zehnten Euro beiseite. Damit steht Deutschland mit seiner Sparquote an der internationalen Spitze. In den Vereinigten Staaten etwa sparen die Einwohner nur 5,5% ihres Einkommens, in Polen ist die Sparquote mit 4,6% sogar noch geringer. Auch innerhalb Deutschlands sind Differenzen wahrzunehmen. So sparten die Baden-Württemberger mit rund 12% ihres Einkommens den höchsten Betrag, die Einwohner Bremens hingegen mit 8,5% den niedrigsten. Durch die aktuelle Schuldenkrise ändert sich zudem die Anlageform. Nach einer Umfrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes halten aktuell nur noch 28% der Deutschen eine Lebensversicherung für die sicherste Anlage, im Jahr 2010 taten dies noch 46%. Auch in die private Rentenversicherung ist das Vertrauen von 38% auf 25% geschrumpft. Gefragt sind hingegen Investitionen in Immobilien: Fast die Hälfte der Deutschen bevorzugt das Eigenheim als Anlageform für den Vermögensaufbau.

(Quelle: Institut für Wirtschaft Köln)

- **Kindertagespflege 2011: Zahl der betreuten Kinder steigt um 10,5%.** Die Zahl der Kinder, die von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut werden, hat weiter zugenommen. Zum Stichtag 1. März 2011 haben bundesweit die Eltern von 124.000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und -betreuung in Anspruch genommen. Dies entspricht einem Anstieg von 10,5% gegenüber dem Vorjahr. Zum Stichtag 1. März 2010 waren es 112.000 Kinder (+13,5% gegenüber 2009). Hauptsächlich nutzen Eltern von unter Dreijährigen die Kindertagespflege. Im März 2011 waren insgesamt rund 80.000 der insgesamt 124.000 Kinder in Tagespflege jünger als drei Jahre (64%). Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8.000 beziehungsweise 11% erhöht. Bundesweit wurden damit 3,9% aller Kinder dieser Altersgruppe von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Zwischen März 2009 und März 2010 lag der Zuwachs bei 11.000 (+18%).
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Arbeitsmarkt im Oktober 2011.** Die Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober weiter gesunken. Im Oktober waren 2,737 Millionen Menschen ohne Arbeit und damit 59.000 weniger als noch im September. Die Arbeitslosenquote sank daher leicht um 0,1 Punkte auf 6,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat befanden sich 204.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Zudem erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit rund 41,31 Millionen Personen im September 2011 einen neuerlichen Höchststand.
(Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt)